

Antrag

**der Abgeordneten Carsten Ovens, Stephan Gamm, Dietrich Wersich,
Thilo Kleibauer, Birgit Stöver (CDU) und Fraktion**

Betr.: Bezahlbarer Wohnraum für Studenten ist Mangelware. Mehr Wohnheimplätze für Hamburgs Studenten – Unterbringungsquote auf Bundesdurchschnitt bringen!

Erst kürzlich wurde die Grundsteinlegung für das neue Studentenwohnheim in Allermöhe durch die zuständige Wissenschaftssenatorin Fegebank zelebriert, als wäre Hamburg Dank wegweisender Entscheidungen ihrer Behörde nun Spitzenreiter bei der Unterbringung von Studenten. Die tatsächliche Bilanz des rot-grünen Senats ist jedoch erschreckend schlecht.

Die Unterbringungsquote, der Prozentsatz der gesamten Studentenschaft, die in Wohnheimen des Studierendenwerks, in Wohnheimen privater Trägerschaft und in gefördertem Wohnraum außerhalb der Wohnheime unterkommen kann, nimmt in unserer Stadt kontinuierlich ab. Im Jahr 2013 lag diese Quote noch bei damals schon niedrigen 8,77 Prozent der Studenten (damaliger Bundesdurchschnitt: 10,13 Prozent). Im vergangenen Jahr ist sie auf nur noch 8,05 Prozent gesunken. Der bundesdeutsche Durchschnitt lag 2015 laut Deutschem Studentenwerk bei 9,86 Prozent.

Dieser Trend wird durch die stagnierende Zahl der Wohnheimplätze in privater Trägerschaft verschärft. Im Vergleich zum Frühjahr 2011 kam es bis Juli 2015 lediglich zu einem Gesamtwachstum von neun Plätzen, auf 1.548 insgesamt. Diese Entwicklung begründet sich unter anderem dadurch, dass auch für Wohnheime die Mietpreislage gilt. Bei gleichzeitig hohen und steigenden Grundstückspreisen rechnet sich die Investition in privatwirtschaftliche Studentenwohnheime kaum noch.

Schließlich kommt noch erschwerend hinzu, dass die vier Förderrichtlinien der IFB Hamburg Wohnen für Studierende und Auszubildende in Hamburg-Süd, in Mümmelmannsberg, auf der Veddel und in Wilhelmsburg zum 31. Dezember 2017 enden.

Gleichzeitig stieg die Zahl der Studenten an Hamburger Hochschulen auf nunmehr knapp unter 100.000 erfreulich an. Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und GRÜNEN teilten zudem zum Ende der Sommerpause über eine Hamburger Tageszeitung mit, die Zahl der Studenten in Hamburg sogar auf über 100.000 steigern zu wollen.

Weitere Nachfrage nach günstigem Wohnraum entsteht durch die politisch vom letzten Senat geschaffene Möglichkeit für Azubis, ebenfalls in den Wohnheimen des Hamburger Studierendenwerks unterzukommen. Die Nachfrage wächst, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Nachfrager jedoch nicht. Gleichzeitig stagniert das Angebot. Diesen Zustand fasste Jürgen Allemeyer, Geschäftsführer des Studierendenwerks Hamburg, Ende Oktober 2015 in einer Pressemitteilung wie folgt zusammen:

„In Hamburg ist preisgünstiger Wohnraum Mangelware. Das wachsende Marktsegment teurer Apartments für Studierende mit Mieten ab ca. 450 € trifft dagegen auf eine sehr begrenzte Nachfrage.“

Die Auslastungsquote öffentlicher Studentenwohnheime liegt hamburgweit seit Jahren bei rund 100 Prozent (Drs. 21/1042). Wohnheime in privater Trägerschaft sind auch deshalb eine sinnvolle Ergänzung des öffentlichen Angebots. Wenn jedoch der Miet-

preis, bedingt durch hohe Kosten für Investoren und Betreiber, deutlich über dem Mietpreis der Wohnheime des Hamburger Studierendenwerks liegt, so richtet sich dieses Angebot nur an einen begrenzten Kreis. Dies könnte mittelfristig auch dazu führen, dass öffentlich betriebene Studentenwohnheime ihre Mietpreise dem marktüblichen Durchschnitt anpassen, das heißt erhöhen werden.

Der Senat erklärte in seiner Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage (Drs. 21/1042), dass bis Ende der Legislatur nur 390 neue Wohnheimplätze für Studenten sowie 231 Wohnheimplätze für Azubis gebaut werden sollen. Angesichts steigender Azubi- und Studentenzahlen und der insgesamt schlechten Versorgungslage wirkt dies wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Allein um auf den bundesweiten Durchschnitt der Versorgung mit Wohnheimplätzen in Höhe von 9,86 Prozent zu kommen, bräuchte Hamburg heute schon 1.791 zusätzliche Plätze nur für die Studenten unserer Stadt. Um zu einem Spitzenreiter in der Versorgung wie München aufzuschließen, wären es sogar 2.781 Wohnmöglichkeiten.

Es zählt nicht nur, die Wissenschaft in die Herzen der Hamburger zu tragen, es zählt auch, den wissenschaftlichen Herzen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

der Senat wird ersucht,

1. in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk Hamburg nach Wegen zu suchen, um bis Ende der Legislatur wenigstens 1.800 zusätzliche Wohnheimplätze zur Verfügung zu stellen, um die Unterbringungsquote in Hamburg mindestens dem Bundesdurchschnitt anzugleichen.
2. zu prüfen, inwiefern entsprechende Bauvorhaben in Form von PPP-Projekten realisiert werden können.
3. in Kooperation mit der IFB die auslaufenden Förderrichtlinien für Studentisches Wohnen zu verlängern beziehungsweise anzupassen, um für diese Bemühungen die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.
4. zusätzliche Anreize für Investoren zu entwickeln, um den Wohnungsmarkt für Auszubildende und Studenten durch weitere Wohnheime in privater Trägerschaft weiter zu entlasten.
5. der Bürgerschaft bis zum 15. Dezember 2016 darüber zu berichten.